_

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Rheinland-Pfalz

Sozialgericht Landessozialgericht Rheinland-Pfalz

Sachgebiet Entschädigungs-/Schwerbehindertenrecht

Abteilung

Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen -

Datum 21.06.2001

2. Instanz

Aktenzeichen L 4 VS 4/01 Datum 13.03.2002

3. Instanz

Datum -

- 1. Die Berufung des KlĤgers gegen den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Koblenz vom 21.6.2001 wird zurļckgewiesen.
- 2. Au̸ergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.
- 3. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Die Beteiligten streiten um die GewĤhrung von Berufsschadensausgleich sowie die ErhĶhung der Minderung der ErwerbsfĤhigkeit (MdE) des KlĤgers wegen besonderer beruflicher Betroffenheit nach dem Soldatenversorgungsgesetz (SVG) in Verbindung mit dem Bundesversorgungsgesetz (BVG).

Der 1952 geborene KlĤger war von Januar 1973 bis Dezember 1974 Soldat der Bundeswehr. Im November 1973 explodierte wĤhrend des Wehrdienstes in seiner linken Hand eine Patrone, wodurch er erheblich verletzt wurde. Mit Bescheid vom 15.01.1975 erkannte das Versorgungsamt Mù⁄₄nchen II als Schädigungsfolgen nach dem SVG mit einer MdE von 40 vH an: "Verlust 3. Finger links, Teilverlust 2. Finger links und 4. Finger links mit Gelenkversteifung, operativ behandelte Nervenverletzung (nerv. medianus und ulnaris) mit verbliebenen

SensibilitÃxtsstörungen, Sehnenplastik am 5. Finger links mit Beugebehinderung, knöchern verheilter Daumenbruch links."

Mit Bescheid vom 03.01.1978 erhĶhte das Versorgungsamt München II die MdE auf 50 vH ab 01.08.1975 und bezeichnete mit Bescheid vom 02.05.1984 die Schädigungsfolgen neu als:

- 1. Verlust des 4. und 5. Fingers in der Mittelhand, des 3. Fingers im Grundglied und des Endgliedes des 2. Fingers links, mit Bewegungsbehinderung des 2. Fingers. Leichte Narbenkontraktur des 2. Fingers und des 3. Fingerstumpfes. KnĶchern verheilte Fraktur des Daumens links. Sensibilitätsstörungen an der Resthand nach Nervenverletzung.
- 2. Reizlos eingeheilter MetallfremdkĶrper in den Weichteilen des linken Unterschenkels.

Der berufliche Werdegang des KlAzgers gestaltete sich wie folgt:

Er besuchte zunächst von 1958 bis 1966 die Volksschule und lernte anschlieÃ□end bis 1972 den Beruf des Gas- und Wasserinstallateurs, den er bis zur Einberufung in die Bundeswehr ausübte. Nach dem Wehrdienst war der Kläger zunächst bis Januar 1975 arbeitsunfähig krank; danach arbeitete er als Lagerarbeiter. Eine begonnene Umschulung zum Bürokaufmann wurde im November 1977 abgebrochen. In der Folgezeit war der Kläger als Lagerist, Bodenleger und Verkäufer tätig; seit 1989 bezieht er Rente wegen Erwerbsunfähigkeit.

Einen Antrag des KlĤgers auf GewĤhrung von Berufsschadensausgleich und ErhĶhung der MdE wegen besonderer beruflicher Betroffenheit lehnte das Versorgungsamt München II mit Bescheid vom 22.07.1982 ab. Zur Begründung wurde ausgefļhrt, wĤhrend der Zeit vom 01.01. bis 30.06.1975 habe der Kläger Ã∏bergangsgeld nach dem BVG bezogen, so dass eine für diesen Zeitraum durch die ArbeitsunfĤhigkeit entstandene vorļbergehende Einkommenseinbu̸e mit der Gewährung des Ã∏bergangsgeldes ausgeglichen sei. Vorübergehende LohneinbuÃ∏en durch Arbeitsunfähigkeit begründeten keinen Anspruch auf eine Erha¶hung der MdE nach <u>§ 30 Abs. 2 BVG</u>. Berufsschadensausgleich stehe dem KlĤger fýr diesen Zeitraum schon wegen der fehlenden SchwerbeschĤdigteneigenschaft nicht zu. Fļr den Zeitraum vom 01.07.1975 bis 19.07.1976 sowie für die Zeit der anschlieÃ∏enden Berufsfindungsma̸nahme bis zum 30.07.1976 sei ein Anspruch auf einkommensabhängige Leistungen sowie auf MdE-Erhöhung gemäÃ∏ § 29 BVG abzulehnen. Für die Zeit zuvor, in der es aus verschiedenen Gründen zu einer Verzögerung des Beginns der beruflichen RehabilitationsmaÃ∏nahme gekommen sei, bestehe ein Anspruch auf ergĤnzende Hilfe zum Lebensunterhalt, die gewĤhrt worden sei. Für die Zeit der beruflichen Umschulung bestehe kein Anspruch auf Berufsschadensausgleich bzw. ErhA¶hung der MdE nach A§ 30 Abs. 2 BVG, wie bereits bindend im Bescheid vom 03.01.1978 entschieden worden sei. Ein für die Zeit nach Abbruch der UmschulungsmaÃ∏nahme geltend gemachter Einkommensverlust sei nicht mehr auf die anerkannten

WehrdienstbeschĤdigungsfolgen zurļckzuführen. Denn die beabsichtigte Umschulung zum Bürokaufmann hätte sowohl eine sozial gleichwertige BeschĤftigung gegenüber dem ursprünglich gewählten Beruf dargestellt, als auch keinen Einkommensverlust mehr bedingt. Nachdem die begonnene Umschulung aus Verschulden des Klägers abgebrochen worden sei, könne eine nunmehr vorliegende EinkommenseinbuÃ□e nicht den Wehrdienstbeschädigungsfolgen angelastet werden.

Weitere Anträge des Klägers auf Gewährung von Berufsschadensausgleich bzw. Höherbewertung der MdE lehnte das zuständig gewordene Versorgungsamt Koblenz mit Bescheid vom 07.10.1988 ab. Zur Begründung wurde ausgeführt, dem Kläger zumutbare RehabilitationsmaÃ□nahmen seien nicht abgeschlossen. Den Widerspruch des Klägers wies der Beklagte mit Widerspruchsbescheid vom 30.08.1989 zurÃ⅓ck, da nach Auswertung zahlreicher ärztlicher Befundunterlagen MaÃ□nahmen zur beruflichen Rehabilitation aus GesundheitsgrÃ⅓nden nicht auf Dauer wegen Unzumutbarkeit oder mangelnder Erfolgsaussicht ausgeschlossen seien.

Im Dezember 1992 stellte der KlĤger erneut einen Antrag auf GewĤhrung von Berufsschadensausgleich, HĶherbewertung der MdE nach <u>§ 30 Abs 2 BVG</u> sowie auf Neufeststellung u.a. wegen eines nach dem Explosionsunglýck eingetretenen psychischen Leidens. Das Versorgungsamt Koblenz holte Befundberichte des Allgemeinarztes Dr. J sowie des Zahnarztes Dr. I ein, zog das Gutachtensheft der Landesversicherungsanstalt Rheinland-Pfalz bei und gewĤhrte dem Kläger mit Bescheid vom 20.07.1993 Ausgleichsrente und Ehegattenzuschlag.

Nach versorgungsĤrztlicher Beteiligung lehnte das Versorgungsamt mit Bescheid vom 27.09.1993 den Antrag auf ErhĶhung der MdE nach 30 Abs. 2 BVG und mit Bescheid vom 02.04.1993 den Neufeststellungsantrag wegen Verschlimmerung ab. Zur Begründung wurde ausgeführt, die LVA habe dem Kläger wegen schĤdigungsunabhĤngiger GesundheitsstĶrungen vorzeitige Rente gewĤhrt. Die eingetretene ErwerbsunfĤhigkeit beruhe auf einer nicht wehrdienstbedingten abnormen PersĶnlichkeitsentwicklung mit psychogenen LĤhmungserscheinungen, wĤhrend der anerkannten WehrdienstbeschĤdigung für den Eintritt der Erwerbsunfähigkeit keine zumindest annähernd gleichwertige Bedeutung im Vergleich zu den schägdigungsunabhägngigen GesundheitsstĶrungen zugeschrieben werden kĶnne. Auch habe der KlĤger nicht wegen der Schäzdigung weder die angestrebte noch eine sozial gleichwertige berufliche Stellung erreicht. Eine Umschulung sei im Jahr 1977 aus eigenem Verschulden des Klägers heraus abgebrochen worden. Weitere Reha-MaÃ∏nahmen seien aufgrund des persĶnlichen Verhaltens des KlĤgers und der spĤter sich immer stärker auswirkenden wehrdienstunabhängigen Gesundheitsstörungen nicht mehr durchgeführt worden. Sein Absinken in einen sozial minderwertigen Beruf sei daher nicht auf die WehrdienstbeschĤdigung zurĽckzufļhren, da der zunĤchst angestrebte und dem KlĤger angebotene Umschulungsberuf zum Bürokaufmann eine sozial gleichwertige Stellung im Vergleich zu seinem Lehrberuf dargestellt habe.

Mit Bescheid vom 28.09.1993 lehnte das Versorgungsamt Koblenz den Antrag auf Gewährung von Berufsschadensausgleich ab, da die Rehabilitation aufgrund eigenen Verhaltens des Klägers abgebrochen worden sei und spätere berufliche Reha-MaÃ∏nahmen wegen der wehrdienstunabhängigen Gesundheitsstörungen nicht mehr erfolgversprechend gewesen seien. Die nunmehr festgestellte Erwerbsunfähigkeit beruhe zumindest weit Ã⅓berwiegend auf schädigungsunabhängigen Gesundheitsstörungen.

Mit Widerspruchsbescheid vom 14.11.1994 wies der Beklagte den Widerspruch gegen die Bescheide vom 27.09. und 28.09.1993 zurļck. ErgĤnzend wurde ausgeführt, die anerkannte Handverletzung links sei nicht ursächlich für ein vorzeitiges Ausscheiden aus dem Erwerbsleben. Wie sich aus den im Rentenverfahren eingeholten neuropsychiatrischen Gutachten des Dr. L vom 04.04.1990 und 26.02.1991 ergebe, komme den anerkannten Schäzdigungsfolgen nicht die Bedeutung einer zumindest gleichwertigen Ursache für den Eintritt der ErwerbsunfĤhigkeit zu, weil das LeistungsvermĶgen des KlĤgers auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt durch die psychischen StĶrungen sowie die abnorme Persönlichkeitsentwicklung im Wesentlichen schädigungsunabhängig so reduziert gewesen sei, dass es die ErwerbsunfĤhigkeitsrente begrļndet habe. Auch seien die Schämdigungsfolgen nicht die Ursache dafä¼r, dass der Klämger nach der Schämdigung keinen sozial gleichwertigen Beruf ausgeä¼bt habe. Es seien ihm immer wieder Umschulungsma̸nahmen angeboten worden, die er aber aus eigenem Verschulden unterbrochen bzw. abgebrochen habe. Dies kA¶nne den SchĤdigungsfolgen nicht angelastet werden. Zudem liege auch keine schädigungsbedingte Lýcke im Versicherungsverlauf vor, die darauf schlieÃ∏en lie̸e, dass heute eine geringere Erwerbsunfähigkeitsrente gezahlt werde. SchĤdigungsunabhĤngige Gründe hätten überwiegend dazu beigetragen, dass der KlĤger keinen sozial gleichwertigen Beruf ausgeübt habe. Hinweise auf einen schäzdigungsbedingt verhinderten beruflichen Aufstieg läzgen ebenfalls nicht vor.

Im Januar 1998 beantragte der Klä¤ger im Wege des Zugunstenverfahrens die Gewä¤hrung von Berufsschadensausgleich. Er teilte mit, ohne die Verletzung bei der Bundeswehr hä¤tte er in seinem erlernten Beruf als Gas- und Wasserinstallateur die Handwerksmeisterprä¼fung bestehen kä¶nnen. Ohne die Schä¤digungsfolgen wä¤re es auch nicht zu dem Ausbruch der psychischen Erkrankung gekommen, so dass eine Weiterarbeit im erlernten Beruf nach der Bundeswehrzeit jederzeit mä¶glich gewesen wä¤re. Er sei ä¾berwiegend wegen der psychischen Beschwerden aus der beruflichen "Bahn" geworfen worden, weshalb eine weitere berufliche Ausbildung nicht mehr mä¶glich und auch eine berufliche Rehabilitationsmaä∏nahme von vornherein aussichtslos gewesen sei. Ohne die Schä¤digungsfolgen hä¤tte er deshalb in seinem erlernten Beruf einen Aufstieg erlebt oder und sich zum Handwerksmeister qualifizieren oder Berufssoldat werden kä¶nnen. Zudem bestä¤nden bei ihm eine Bauch- und Hodenverletzung, die zur Zeugungsunfä¤higkeit gefä¼hrt hä¤tten und deren Zusammenhang mit der Schä¤digung zu prä¼fen sei.

Den Antrag lehnte das Versorgungsamt Koblenz mit Bescheid vom 08.06.1998 ab.

Zur Begründung wurde ausgeführt, im Bescheid vom 28.09.1993 sei zu Recht die Gewährung von Berufsschadensausgleich abgelehnt worden. Die nunmehr angeführten Ã∏berlegungen, insbesondere, der Kläger hätte ohne die Schädigungsfolgen eine Handwerksmeisterprüfung ablegen können, basierten lediglich auf Vermutungen. Diesbezügliche Hinweise, Unterlagen oder Bestrebungen lägen nach Aktenlage nicht vor. Eine bloÃ∏e Vermutung oder Möglichkeit reiche nicht aus, Hinweise auf eine konkrete berufliche Weiterqualifizierung zu ersetzen. Den Widerspruch wies der Beklagte mit Widerspruchsbescheid vom 06.01.1999 zurück, da die anerkannten Schädigungsfolgen an der linken Hand bzw. am linken Unterschenkel nicht ursächlich für das Ausscheiden des Klägers aus dem Erwerbsleben gewesen seien. Auch die jetzt erstmals geltend gemachte Bauch- bzw. Hodenverletzung sei nicht auf die Schädigung zurückzuführen. Denn nach dem truppenärztlichen Gutachten vom 06.05.1974 sei eine entsprechende Schädigung nicht dokumentiert.

Im vor dem Sozialgericht Koblenz durchgeführten Klageverfahren hat das Sozialgericht das Gutachtensheft der LVA Rheinland-Pfalz beigezogen sowie ein Gutachten des Facharztes für Psychiatrie Dr. M von Amts wegen eingeholt.

Der SachverstĤndige hat den KlĤger im August 1999 untersucht und ist zu dem Ergebnis gelangt, beim KlĤger bestehe eine einfache PersĶnlichkeitsstruktur mit bereits in der Kindheit einsetzender konversionsneurotischer Fehlentwicklung, wie sie in mehreren Vorgutachten eindeutig dokumentiert sei, die sich sowohl in dem Auftreten psychogener LĤhmungen der Beine sowie SensibilitĤtsstĶrungen am gesamten KĶrper, aber auch in multiplen anderen psychosomatischen Beschwerden äuÃ∏ere. Bereits vor dem Explosionstrauma seien eine impulsive, ungeduldige PersĶnlichkeit sowie ein erhĶhter Alkoholkonsum dokumentiert gewesen. Nunmehr bestehe beim Kläger eine zunehmende EntschĤdigungsneurose. Da bei dem Explosionstrauma vom 23.11.1973 keine Kopfverletzungen eingetreten und dokumentiert worden seien, sei ein Zusammenhang mit einem ohnehin eher unwahrscheinlichen cerebralen Krampfleiden ausgeschlossen. Insgesamt gebe es keinen Anhaltspunkt einer engen KausalitÃxt zwischen dem Explosionstrauma und den jetzigen Beschwerden auf psychiatrischem Fachgebiet. Die Hauptursache der Berentung liege daher in der KonversionsstĶrung nebst einer chronischen abnormen Grundstruktur mit erkennbaren sozialen Absicherungstendenzen, wobei erst an zweiter Stelle die Verletzungsfolgen der linken Hand gestanden hÄxtten. Betrachte man den gesamten Verlauf der Erkrankung, ergĤben sich im Ã∏brigen nicht einmal Hinweise einer wesentlichen vorÄ1/4bergehenden Beeinflussung des Leidens durch das erlittene Explosionstrauma.

Mit Gerichtsbescheid vom 21.06.2001 hat das Sozialgericht die Klage abgewiesen. Zur Begr \tilde{A}^{1} 4ndung hat es im Wesentlichen ausgef \tilde{A}^{1} 4hrt, dem Kl \tilde{A} α ger stehe kein Anspruch auf Erteilung eines Zugunstenbescheids zu, da die Bescheide vom 27.09.1993 und 28.09.1993 nicht rechtswidrig seien. Zwar habe der Kl \tilde{A} α ger zweifellos durch die Berentung im Jahre 1988 einen Einkommensverlust erlitten. Allerdings sei die Berentung wegen einer psychogenen Fehlhaltung erfolgt, wovon

der SachverstĤndige Dr. M ebenfalls ausgegangen sei. Dem SchĤdigungsleiden komme neben der psychischen StĶrung keine gleichwertige Mitursache bei der Berentung zu. Der Beklagte habe seinerzeit zu Recht angenommen, dass der KlĤger wegen des Fingerschadens seinen erlernten Beruf nicht mehr habe ausüben können und dem Kläger daher unter Beachtung des Grundsatzes "Rehabilitation vor Rente" eine berufliche UmschulungsmaÄ nahme angeboten, welche aus alleinigem Verschulden des KIAxgers gescheitert sei. Weitere Umschulungsma̸nahmen seien wegen der schwerwiegenden psychischen Störung und des Rentenbegehrens des Klägers von vornherein nicht erfolgversprechend gewesen. Nachdem aber die psychische StA¶rung die wesentliche Ursache der Berentung sei, die selbst keine Schäzdigungsfolge darstelle, sei der KlĤger wegen einer NichtschĤdigungsfolge aus dem Erwerbsleben ausgeschieden. Das psychische Leiden kA¶nne nicht mit der erforderlichen Wahrscheinlichkeit auf die Explosionsverletzung ursÄxchlich zurückgeführt werden, wie es sich aus dem überzeugenden Gutachten des SachverstĤndigen Dr. M ergebe. Ein schĤdigungsbedingter Einkommensverlust oder eine schäzdigungsbedingte besondere berufliche Betroffenheit läzgen somit nicht vor.

Am 24.07.2001 hat der KlĤger gegen den ihm am 26.06.2001 zugestellten Gerichtsbescheid Berufung eingelegt.

Der KlAzger trAzgt vor,

die SchĤdigungsfolgen stellten eine zumindest annĤhernd gleichwertige Mitursache für den Eintritt des Versicherungsfalls der ErwerbsunfĤhigkeit dar. Die psychischen Störungen seien erst im Zusammenhang mit der im November 1973 erlittenen Explosion entstanden, so dass diese auf die WehrdienstbeschĤdigung zurückzuführen seien. Auch sei unstreitig, dass er wegen des Fingerleidens seinen erlernten Beruf als Gas- und Wasserinstallateur nicht mehr ausüben könne. Ohne die Schädigungsfolgen- und falls er nicht bei der Bundeswehr geblieben wäre- hätte er im erlernten Beruf die Handwerkermeisterprüfung bestehen können, wogegen nichts spreche. Es sei auch zu berücksichtigen, dass der für ihn vom Vormundschaftsgericht bestellte Personensorgeberechtigte seinerzeit ein selbständiger Handwerksmeister gewesen sei. Da auch die psychischen Störungen als Schädigungsfolgen anzuerkennen seien, seien die beruflichen UmschulungsmaÃ∏nahmen nicht aus seinem alleinigen Verschulden gescheitert.

Im \tilde{A} brigen \tilde{A} see auch die Bauch- und Hodenverletzung, die zur Zeugungsunf \tilde{A} higkeit gef \tilde{A} hrt habe, als Wehrdienstbesch \tilde{A} digung anerkannt werden, die er sich \tilde{A} hrend einer Schie \tilde{A} bung zugezogen habe.

Der KlĤger beantragt,

den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Koblenz vom 21.06.2001 sowie den Bescheid des Beklagten vom 08.06.1998 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 06.01.1999 aufzuheben und den Beklagten zu verurteilen, ihm im Rahmen

eines Zugunstenbescheids Versorgung nach einer hĶheren MdE nach <u>§ 30 Abs 2</u> <u>BVG</u> und Berufsschadensausgleich zu gewĤhren sowie als weitere SchĤdigungsfolgen psychisches Leiden, Bauch- und Hodenverletzung anzuerkennen und hĶhere Versorgung zu gewĤhren.

Der Beklagte beantragt,

die Berufung zurļckzuweisen, und nimmt zur Begründung Bezug auf die Ausführungen im angefochtenen Gerichtsbescheid.

Im Ã□brigen wird zur Ergänzung Bezug genommen auf den Inhalt der beigezogenen und den Kläger betreffenden Verwaltungsakten des Beklagten (Az.: 420839), der WDB-Akte des Wehrbereichsgebührnisamtes V (PKZ 180252-S-61422), der Archivakte des Sozialgerichts Koblenz (Az.: S 9SB 150/99) sowie der Gerichtsakte, der Gegenstand der mþndlichen Verhandlung war.

Entscheidungsgründe:

Die zulĤssige Berufung des KlĤgers ist nicht begrýndet, da dem KlĤger kein Anspruch auf Anerkennung weiterer Gesundheitsstörungen (Bauch- und Hodenverletzung), Berufsschadensausgleich oder Gewährung höherer Versorgung nach <u>§ 30 Abs. 2 BVG</u> zusteht.

1.

Soweit der Klå¤ger die Anerkennung einer Bauch- und Hodenverletzung mit eingetretener Zeugungsunfå¤higkeit begehrt, richten sich die Voraussetzungen få¾r die beantragte Anerkennung der weiteren Schå¤digungsfolgen bzw. einer hå¶heren MdE nach <u>â§ 48</u> des Sozialgesetzbuchs -Zehntes Buch (SGB X). Nach dieser Bestimmung ist ein Verwaltungsakt mit Dauerwirkung få¾r die Zukunft aufzuheben, wenn in den tatså¤chlichen oder rechtlichen Verhå¤ltnissen, die bei seinem Erlaå□ vorgelegen haben, eine wesentliche å□nderung eintritt. Eine solche å□nderung liegt vor, wenn seit dem Erlaå□ des bindenden Bescheids entweder in den anerkannten Schå¤digungsfolgen eine wesentliche Verschlimmerung eingetreten ist und/oder neue, weitere Gesundheitsstå¶rungen hinzugetreten sind, die auf schå¤digende Einwirkungen i.S.d. <u>å§ 81 Abs. 1 SVG</u> oder die bereits anerkannten Schå¤digungsleiden zurå¾ckzufå¾hren sind. Wesentlich i.S.d. <u>å§ 48 Abs. 1 SGB X</u> ist eine å□nderung nur dann, wenn sich dadurch die MdE um mindestens 10 vH å¤ndert.

Es müssen die objektiven Befunde, die der letzten verbindlichen Verwaltungsentscheidung (hier: Bescheid vom 02.05.1984) zugrunde gelegen haben, mit den heutigen Befunden verglichen werden. Ergibt sich daraus eine Verschlimmerung einer anerkannten Schädigungsfolge, so muÃ☐ festgestellt werden, ob auch die Verschlimmerung auf schädigende Einwirkungen i.S.d. SVG zurückzuführen ist. Für diese Feststellung genügt nach § 81 Abs. 6 Satz 1 SVG die Wahrscheinlichkeit des ursächlichen Zusammenhangs, die dann gegeben ist, wenn mehr für als gegen den Ursachenzusammenhang mit schädigenden

Einwirkungen i.S.d. SVG spricht. Bei der Beurteilung des Kausalzusammenhangs ist die Wahrscheinlichkeit nach der herrschenden wissenschaftlichen Lehrmeinung zu ermitteln. Sie findet u.a. Ausdruck in den vom Bundesministerium f $\tilde{A}^{1}/_{4}$ r Arbeit und Sozialordnung (BMA) herausgegebenen Anhaltspunkten f $\tilde{A}^{1}/_{4}$ r die \tilde{A} xrztliche Gutachtert \tilde{A} xtigkeit im sozialen Entsch \tilde{A} xdigungsrecht und nach dem Schwerbehindertengesetz, die st \tilde{A} xndig $\tilde{A}^{1}/_{4}$ berarbeitet werden und zuletzt 1996 neu bekannt gemacht worden sind.

Die Beweiserleichterung der Wahrscheinlichkeit gilt aber nur für den Ursachenzusammenhang. Alle Ã⅓brigen anspruchsbegrÃ⅓ndenden Tatsachen, z.B. das Vorliegen einer Schädigung bzw. der Eintritt der Verschlimmerung, mÃ⅓ssen bewiesen sein, so daÃ☐ sich das Gericht die volle Ã☐berzeugung vom Vorliegen der anspruchsbegrÃ⅓ndenden Tatsachen verschaffen kann. DiesbezÃ⅓glich dÃ⅓rfen keine im Einzelfall liegenden vernÃ⅓nftigen Zweifel bleiben. Bestehen solche Zweifel, trägt der Kläger die objektive Beweislast (vgl. BSGE 30, 121, 123). Dieser Grundsatz besagt, dass in dem Fall, in welchem trotz Aufklärung des Sachverhalts die entscheidungserheblichen Tatsachen nicht ohne vernÃ⅓nftige Zweifel festgestellt werden können, grundsätzlich derjenige die Folgen dieser Unaufklärbarkeit zu tragen hat, der sich auf diese Tatsachen beruft, um einen Anspruch geltend zu machen (vgl. Meyer-Ladewig, SGG, 6. Auflage, § 103 Rd. 19 mwN; BVerwGE 45, 131 f). Denn einen Grundsatz "im Zweifel fþr den Anspruchsteller" gibt es im sozialgerichtlichen Verfahren nicht.

Unter Berýcksichtigung dieser Gesichtspunkte können die hier geltend gemachten Gesundheitsstörungen Bauch- und Hodenverletzung nicht als weitere Wehrdienstbeschädigungsfolgen anerkannt werden. Wie der Beklagte im Widerspruchsbescheid vom 06.01.1999 zu Recht ausgeführt hat, ist schon eine solche Verletzung im Zusammenhang mit dem Wehrdienst und damit die Schädigung selbst nicht nachgewiesen. Der Kläger wurde nach seiner Explosionsverletzung im Wehrdienst mehrfach untersucht, ohne dass in den truppenärztlichen Gutachten Hinweise auf eine Bauch- oder Hodenverletzung aufgeführt sind. Andere beweisende Unterlagen befinden sich auch nicht in den beigezogenen Verwaltungsakten des Wehrbereichsgebührnisamtes, in denen sämtliche während der Dienstzeit des Klägers bei der Bundeswehr stattgefundenen Behandlungen dokumentiert sind.

Nachdem schon eine SchĤdigung nicht nachgewiesen ist, kann erst recht keine SchĤdigungsfolge anerkannt werden, so dass sich Fragen der KausalitĤt nicht stellen.

2.

Das als weitere SchĤdigungsfolge geltend gemachte psychische Leiden ist ebenfalls nicht als WehrdienstbeschĤdigungsfolge anzuerkennen.

Nachdem das Versorgungsamt Koblenz bereits mit Bescheid vom 02.04.1993 bindend die Anerkennung von psychischen Folgen des Explosionsunglýckes abgelehnt hatte, ergeben sich die Voraussetzungen der jetzt erneut geltend

gemachten Anerkennung aus § 44 SGB X. Nach dieser Vorschrift ist ein Verwaltungsakt mit Wirkung für die Vergangenheit zurückzunehmen, wenn sich im Einzelfall ergibt, dass bei seinem Erlass das Recht unrichtig angewandt oder von einem Sachverhalt ausgegangen worden ist, der sich als unrichtig erweist, und soweit deshalb Sozialleistungen zu Unrecht nicht erbracht worden sind.

Dabei gelten die gleichen allgemeinen Verfahrens- und Beweislastregeln wie für die Erstfeststellung. Denn Sinn und Zweck dieser Vorschrift ist nicht eine Wiedereinsetzung in den Verfahrensstand vor Eintritt der nach § 77 SGG von allen Beteiligten zu beachtenden Bindungswirkung des nicht begünstigenden Verwaltungsakts, sondern die Auflösung einer Konfliktsituation zwischen der Bindungswirkung eines unrichtigen Verwaltungsakts und der materiellen Gerechtigkeit zugunsten der letzteren. Im Falle der Nichtfeststellbarkeit einer anspruchsbegründenden Tatsache trägt derjenige die objektive Beweislast, der sich auf diese Tatsache beruft (BSG SozR 5870 § 2 Nr. 44).

Es liegen keine objektiven Hinweise vor, wonach der Beklagte im bindenden Bescheid vom 02.04.1993 zu Unrecht die Anerkennung eines psychischen Leidens als Wehrdienstbeschä¤digungsfolge nach <u>ŧ 81 SVG</u> abgelehnt hat. Vielmehr hat auch das vom Sozialgericht eingeholte Gutachten des Dr. M vom 27.09.1999 ergeben, dass die beim Klä¤ger bestehende konversionsneurotische Stä¶rung mit chronisch abnormer Grundstruktur nicht wesentlich auf die Schä¤digung oder Schä¤digungsfolgen zurä¼ckzufä¼hren ist. Die entsprechenden Feststellungen des Sachverstä¤ndigen stimmen mit den Erkenntnissen der medizinischwissenschaftlichen Lehrmeinung ā¼berein (vgl. Anhaltspunkte 1996, S. 251). Danach stellen sich Neurosen als Ergebnis einer bis in die frä¼heste Kindheit zurä¼ckgehenden seelischen Fehlentwicklung dar. So verhä¤lt es sich auch beim Klä¤ger, bei dem die Krankheit ihren Anfang bereits im frä¼hen Kindesalter mit einer Ĥuä∏erst belastenden Biografie und dokumentierten Verhaltensstä¶rungen begonnen hat.

3.

Dem Kläger steht kein Anspruch auf Gewährung von Berufsschadensausgleich im Zugunstenverfahren zu, da die entsprechenden Anträge des Klägers in der Vergangenheit nicht zu Unrecht abgelehnt worden sind.

Fýr die Zeit von Dezember 1977 nach Abbruch der beruflichen Rehabilitation bis 1988, ýber die in den Bescheiden vom 22.07.1982 und 07.10.1988 entschieden wurde, steht dem KlÃxger kein Berufsschadensausgleich nach x0 Abs. 3 ff BVG in den damals geltenden Fassungen zu, da kein schÃx0 digungsbedingter Einkommensverlust festgestellt werden kann.

Nach <u>§ 30 Abs. 3 BVG</u> in den damals geltenden Fassungen erhalten rentenberechtigte BeschĤdigte, deren Einkommen aus gegenwĤrtiger oder früherer TĤtigkeit durch SchĤdigungsfolgen gemindert ist, nach Anwendung des Absatzes 2 einen Berufsschadensausgleich in Höhe von zunĤchst 4/10 und ab dem 01.01.1987 nach dem 15. AnpG-KOV von 42,5 vH des auf volle Deutsche

Mark nach oben abgerundeten Einkommensverlustes. Einkommensverlust ist der Unterschiedsbetrag zwischen dem derzeitigen Bruttoeinkommen aus gegenwĤrtiger oder früherer Tätigkeit zuzüglich der Ausgleichsrente (=derzeitiges Einkommen) und dem höheren Vergleichseinkommen (§ 30 Abs. 4 Satz 1 BVG). Wie sich das Vergleichseinkommen berechnet, ist in Abs. 5 des § 30 BVG geregelt. Danach errechnet sich das Vergleichseinkommen (aus Satz 1) nach (Einzelheiten regelnden) Abs. 5 Sätze 2 bis 6 aus dem monatlichen Durchschnittseinkommen der Berufs- oder Wirtschaftsgruppe, der der Beschädigte ohne die Schädigung nach seinen Lebensverhältnissen, Kenntnissen und Fähigkeiten und dem bisher betätigten Arbeits- und Ausbildungswillen wahrscheinlich angehört hätte.

Bis 1988 hat der Kläger keinen schädigungsbedingten Einkommensverlust erlitten, wie der Beklagte zu Recht in den Bescheiden vom 22.07.1982 und 07.10.1988 entschieden hat.

Zwar konnte der KlĤger seinen Lehrberuf nicht mehr ausļben. Durch die wehrdienstbedingte Schädigung wurde er â∏wie unstreitig istâ∏ aus dem Beruf eines Gas- und Wasserinstallateur-Gesellen verdrÄxngt. Der Senat hat keine Veranlassung anzunehmen, der Kläger hägtte ohne die Schägdigung einen anderen Beruf ergriffen. Wenn der KlÄgger nunmehr vortrÄggt, er hÄgtte ohne die SchĤdigungsfolgen in seinem erlernten Beruf den Meisterabschluss erreicht, so dass sich ein Anspruch auf Berufsschadensausgleich ergebe, vermag sich der Senat dem nicht anzuschlie̸en. Es liegen keinerlei konkrete Indizien vor, die dem Senat den Prognoseschluss auf einen entsprechenden Berufserfolg (vgl. BSG, Urteil vom 29.07.1998, Az.: B 9 V 10/97 R) erlauben würden. Hierbei hat der Senat berücksichtigt, dass der Kläger die Gesellenprüfung im praktischen Teil mit befriedigend und im theoretischen Teil mit ausreichend bestanden hatte, was nicht für herausragende Begabung oder Leistung spricht. Zudem verfügte der KIäger nach dem für den Eingliederungsvorschlag des Arbeitsamtes München erstatteten psychologischen Gutachten des Dipl. Psych. R vom 19.10.1976 seinerzeit nicht über mehr als durchschnittliche Kenntnisse in den Fächern Deutsch und Rechnen, die fļr eine TĤtigkeit als Meister besonders wichtig gewesen wĤren. Auch hat der KlĤger im Antrag vom 05.04.1993, in dem er seinen beruflichen Werdegang geschildert hat, nicht angegeben, er habe sein angestrebtes Berufsziel nicht erreicht. Die entsprechende Frage im Formular hat er vielmehr durchgestrichen, was dagegen spricht, dass er ein anderes Berufsziel, etwa das eines Meisters, angestrebt hatte. Deshalb ist davon auszugehen, dass der KlĤger ohne die SchĤdigung in seinem erlernten Beruf als Gas- und Wasserinstallateur-Geselle weiterhin tÃxtig gewesen wÃxre.

Der Klåkger hat somit zwar seinen Beruf durch die Schåkdigung verloren; dennoch steht ihm kein Anspruch auf Berufsschadensausgleich zu. Denn der Verlust des Berufes stellt nur eine von mehreren Voraussetzungen des Anspruchs auf Berufsschadensausgleich dar. Beim Klåkger fehlte es an der weiteren Voraussetzung, dass im Vergleich zwischen dem må¶glichen Einkommen aus dem ehemaligen Beruf (sog. Håkte-Beruf) und demjenigen aus dem tatsåkchlich ausgeå¼bten Beruf (sog. Ausweichberuf) eine Differenz im Sinne eines Schadens

bestanden hat, der auf die SchĤdigung bzw. deren Folgen kausal zurļckzufļhren ist.

Der KlĤger hat nach der SchĤdigung bis 1988 als Lagerist, Bodenleger und VerkĤufer gearbeitet. Der Senat lĤsst dahinstehen, ob er in dieser Zeit in den genannten Berufen im Vergleich zum HĤtte-Beruf eines Gas- und Wasserinstallateurs einen Schaden erlitten hat. Denn selbst wenn das der Fall wĤre, kĶnnte ein solcher Einkommensverlust nicht den SchĤdigungsfolgen angelastet werden. Dies stellt aber eine Voraussetzung fļr die GewĤhrung von Berufsschadensausgleich dar.

Denn Berufsschadensausgleich wird nach § 30 Abs. 3 BVG nur gewährt, wenn das Einkommen des Beschädigten "durch die Schädigungsfolgen gemindert ist". Zwischen der Minderung des Erwerbseinkommens und den Schädigungsfolgen muss ein ursächlicher Zusammenhang bestehen. Ob dieser vorliegt, beurteilt sich nach dem im Versorgungsrecht geltenden KausalitätsmaÃ□stab der wesentlichen Bedingung (ständige Rechtsprechung, vgl. schon BSGE 1, 72, 76; 1, 105; BSG, Urteil 29.07.1998, Az: B 9 V 10/97 R; Hansen, Berufsschadensausgleich, S. 27 ff mwN). Wesentliche Ursache in diesem Sinn ist nur diejenige Bedingung im naturwissenschaftlich-philosophischen Sinn (sog. "conditio sine qua non"), die wegen ihrer besonderen Beziehung zum Erfolg nach natürlicher Betrachtungsweise an dessen Eintritt wesentlich mitgewirkt hat. Wenn mehrere Bedingungen gleichwertig oder annähernd gleichwertig zum Erfolg beigetragen haben, ist jede von ihnen Ursache i.S. des Versorgungsrechts (BSG, Urteil vom 28.05.1997, Az.: 9 RV 25/95, VersorgVerw 1998, S.13). Diese Voraussetzungen liegen hier nicht vor.

Die vom Klä¤ger bis 1988 ausgeã¼bten Berufe kã¶nnen schon deshalb nicht als Vergleichsberufe herangezogen werden, weil der Klã¤ger diese Berufe nicht wegen der Schã¤digung ergriffen hat. Vielmehr hat er aufgrund eigenen Fehlverhaltens eine ihm angebotene und von ihm begonnene Umschulung zum Bã¼rokaufmann wã¤hrend der Vorfã¶rderung abbrechen mã⅓ssen. Wã¤re diese Umschulung erfolgreich gewesen, hã¤tte der Klã¤ger in dem neuen Beruf ein zumindest gleich hohes Einkommen wie im ursprã⅓nglichen Beruf als Gas- und Wasserinstallateur erzielen kã¶nnen, so dass ein beruflicher Schaden nicht bestanden hã¤tte. Das ergibt sich aus der Gegenã⅓berstellung der vom BMA bekannt gemachten und jã¤hrlich aktualisierten Tabellen der Vergleichseinkommen zur Feststellung des Berufsschadensausgleichs. Dass der Klã¤ger die Ausbildung nicht erfolgreich abschlieã□en konnte, war nicht den Schã¤digungsfolgen anzulasten, sondern beruhte allein auf seinem schã¤digungsunabhã¤ngigen Fehlverhalten. Anhaltspunkte dafã¾r, dass der Klã¤ger diese Ausbildung nicht hã¤tte erfolgreich ablegen kã¶nnen, liegen nicht vor.

Damit war das Nichterreichen des Berufes eines Bürokaufmanns als sog. Nachschaden i.S. des <u>§ 30 Abs. 5 Satz 1 BVG</u> i.d.F. des Haushaltsstrukturgesetzes-AFG â∏HStruktG vom 18.12.1975 (<u>BGBI. I S. 3113</u>; seit dem 01.01.1982: <u>§ 30 Abs. 6 BVG</u>) anzusehen. Diese Vorschrift besagt: Wird durch nachträgliche schädigungsunabhängige Einwirkungen oder Ereignisse, insbesondere durch das

Hinzutreten einer schĤdigungsunabhĤngigen GesundheitsstĶrung das Bruttoeinkommen aus gegenwĤrtiger ErwerbstĤtigkeit voraussichtlich auf Dauer gemindert (Nachschaden), gilt statt dessen als Einkommen das Durchschnittseinkommen der Berufs- oder Wirtschaftsgruppe, der der BeschĤdigte ohne den Nachschaden angehĶren wļrde. Welche Einwirkungen und Ereignisse fļr den Nachschaden in Betracht kommen, ist im einzelnen im Gesetz nicht angefļhrt. Sie mÄ⅓ssen nach dem Gesetzeswortlaut lediglich nachtrĤglich und schĤdigungsunabhĤngig sein. Als besonderes Beispiel fÃ⅓hrt das Gesetz das Hinzutreten einer schĤdigungsunabhĤngigen GesundheitsstĶrung an. Als weiterer typischer Nachschadensfall wird aber schon im Gesetzentwurf wie auch in der Rechtsprechung und in der Literatur das eigene unvernÄ⅓nftige Verhalten des BeschĤdigten angesehen, das nicht durch die GewĤhrung von Berufsschadensausgleich zu Lasten der Allgemeinheit gefĶrdert werden soll (vgl. schon BSG, Breith. 1983, S. 626; Hansen, Berufsschadensausgleich, S. 88 f mwN).

Der durch das Nichterreichen des Abschlusses als Bürokaufmann eingetretene Einkommensverlust war somit nicht mehr auf die Schädigungsfolgen, sondern auf schädigungsfremde und nicht im Rahmen des Berufsschadensausgleichs zu berücksichtigende Faktoren zurückzuführen.

Für die Zeit ab dem 01.01.1989 steht dem Kläger ebenfalls kein Anspruch auf Berufsschadensausgleich zu. Insoweit hat der Beklagte im Bescheid vom 28.09.1993 zu Recht den Antrag des Klägers auf Gewährung von Berufsschadensausgleich wegen der von der LVA gewährten Rente wegen Erwerbsunfähigkeit abgelehnt. Denn die von der LVA anerkannte Erwerbsunfähigkeit beruhte nach den hierzu eingeholten Gutachten des Dr. L vom 04.04.1990 und 05.03.1991 seit Beginn der Arbeitsunfähigkeit im September 1988 auf einer groben psychischen Fehlhaltung, die in einer psychogenen hochgradigen Teilparese seiner Beine gipfelte. Diese stellte eine schädigungsunabhängige Erkrankung dar, wie oben bereits ausgeführt.

3.

Schlieà lich steht dem Klà ger auch kein Anspruch auf Erhà hung der MdE nach § 30 Abs. 2 BVG zu, wie mit bindenden Bescheiden vom 22.07.1982, 07.10.1988 und 27.09.1993 zu Recht entschieden worden ist.

Nach <u>§ 30 Abs. 2 BVG</u> i.d.F. vom 22.01.1982 ist die Minderung der ErwerbsfĤhigkeit hĶher zu bewerten, wenn der BeschĤdigte durch die Art der SchĤdigungsfolgen in seinem vor der SchĤdigung ausgeļbten oder begonnenen Beruf, in seinem nachweisbar angestrebten oder in dem Beruf besonders betroffen ist, den er nach Eintritt der SchĤdigung ausgeľbt hat oder noch ausľbt. Das ist besonders der Fall, wenn er

- a) infolge der Sch \tilde{A} ¤digung weder seinen bisher ausge \tilde{A} ½bten, begonnenen oder den nachweisbar angestrebten noch einen sozial gleichwertigen Beruf aus \tilde{A} ½ben kann,
- b) zwar seinen vor der SchAxdigung ausgeA¼bten oder begonnenen Beruf weiter

ausübt oder den nachweisbar angestrebten Beruf erreicht hat, in diesem Beruf durch die Art der Schädigungsfolgen aber in einem wesentlich höheren Grad als im allgemeinen Erwerbsleben erwerbsgemindert ist, oder c) infolge der Schädigung nachweisbar am weiteren Aufstieg in seinem Beruf gehindert ist.

Von diesen Alternativen könnte im vorliegenden Fall allenfalls diejenige des § 30 Abs. 2 Satz 2 Buchst. a BVG in Betracht kommen. Aber auch dessen Voraussetzungen lagen nicht vor, wie der Beklagte zu Recht mehrfach entschieden hatte.

Dabei kam eine Erhöhung der MdE nach <u>§ 30 Abs. 2 BVG</u> während der Zeit der Arbeitsunfähigkeit im Jahr 1975 schon aus grundsätzlichen Erwägungen nicht in Betracht. Denn mit der Behandlung und Ausheilung eines Schädigungsleidens sind je nach der Schwere der Erkrankung, die nach <u>§ 30 Abs. 1 BVG</u> zu berýcksichtigen ist, in der Regel zunächst längere Unterbrechungen des Arbeitsverhältnisses und im Gefolge davon unvermeidbare Nachteile im Berufsleben verbunden. Diese begrýnden darum keine besondere berufliche Betroffenheit. Vielmehr ist dieser Umstand in die Bewertung der Minderung der Erwerbsfähigkeit im allgemeinen Erwerbsleben nach <u>§ 30 Abs. 1 BVG</u> einbezogen (vgl. <u>BSGE 21, 263</u>).

Fýr die der Arbeitsunfähigkeit folgende Zeit der BerufsfindungsmaÃ□nahme bis zum Abbruch am 07.11.1977 durfte der Beklagte einen Anspruch auf MdE-Erhöhung gemäÃ□ § 29 BVG ablehnen. Nach dieser Bestimmung entstand ein Anspruch auf Höherbewertung der Minderung der Erwerbsfähigkeit nach § 30 Abs. 2 BVG, wenn MaÃ□nahmen zur Rehabilitation erfolgversprechend und zumutbar waren, frühestens in dem Monat, in dem diese MaÃ□nahmen abgeschlossen wurden. Da dem Kläger von Beginn an solche MaÃ□nahmen angeboten wurden, käme eine MdE-Erhöhung wegen § 29 BVG erst mit der Beendigung der BerufsfindungsmaÃ□nahme ab Dezember 1977 in Betracht.

In der Folgezeit konnte der KlĤger zwar unstreitig weder seinen erlernten noch einen sozial gleichwertigen Beruf ausüben. Jedoch scheiterte eine Erhöhung der MdE nach § 30 Abs. 2 Satz 2 Buchst. a BVG daran, dass kein (hinreichend) wahrscheinlicher Ursachenzusammenhang zwischen der Wehrdienstbeschädigung und dem beruflichen Schaden besteht. Die auch hier erforderliche Wahrscheinlichkeit ist zu bejahen, wenn mehr Gesichtspunkte für als gegen den Ursachenzusammenhang sprechen (vgl. BSG SozR 1300 § 45 Nr. 49). Haben dagegen überwiegend schädigungsunabhängige Faktoren das Erreichen des angestrebten Berufsziels verhindert, scheidet eine Höherbewertung der MdE nach § 30 Abs. 2 BVG aus, weil der Betroffene dann nicht "infolge der Schädigung" (§ 30 Abs. 2 Satz 2 BVG) gehindert ist, den nachweisbar angestrebten Beruf auszuüben. Dabei ist der Kausalzusammenhang nicht anders zu beurteilen als der hypothetische Kausalverlauf beim Berufsschadensausgleich nach § 30 Abs. 5 Satz 1 BVG (BSG, Urteil vom 28.05.1997, Az: 9 RV 25/95 mwN).

Deshalb durfte das Versorgungsamt Mýnchen II zu Recht mit Bescheid vom

22.07.1982 den Antrag des Kl \tilde{A} $^{\mu}$ gers auf Erh \tilde{A} $^{\eta}$ hung der MdE nach \hat{A} $^{\xi}$ 30 Abs. 2 BVG ablehnen. Gleiches gilt f \tilde{A} $^{\eta}$ r den Bescheid des Versorgungsamts Koblenz vom 07.10.1988.

Auch der Bescheid des Versorgungsamts Koblenz vom 27.09.1993, mit dem u.a. ein Antrag auf ErhĶhung der MdE nach $\frac{\hat{A}\S}{30}$ Abs. 2 BVG wegen ErwerbsunfĤhigkeit abgelehnt wurde, ist nicht zu beanstanden. Denn die LVA hatte dem KlĤger Rente wegen ErwerbsunfĤhigkeit wegen einer abnormen PersĶnlichkeitsentwicklung mit psychogenen LĤhmungserscheinungen gewĤhrt, die aber wie oben ausgefĽhrt keine SchĤdigungsfolgen darstellt. Der durch dieses Leiden und die darauf beruhende ErwerbsunfĤhigkeit herbeigefĽhrte Schaden ist deshalb nicht "infolge der SchĤdigung" ($\frac{\hat{A}\S}{30}$ Abs. 2 Satz 2 BVG) eingetreten.

Die Berufung ist daher als unbegründet zurückzuweisen.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 193 SGG.

Die Revision wird nicht zugelassen, da Revisionszulassungsgr \tilde{A}^{1} 4nde ($\frac{\hat{A}\S 160 \text{ Abs. 2}}{\text{Nr. 1 und 2 SGG}}$) nicht vorliegen.

Erstellt am: 30.12.2003

Zuletzt verändert am: 23.12.2024